

## Junggrüne Netzpolitik – frei, vielfältig, kreativ

Kultur ist der Rahmen, in dem sich eine Gesellschaft selbst reflektieren kann, in der das Zusammenleben hinterfragt wird. Das macht Kultur für die GRÜNE JUGEND Bayern zu einer

Das Internet ist eine Technologie, durch die alle Menschen unabhängig von Ort und Zeit Gestaltungs- und Teilhabemöglichkeiten erhalten und sich leicht und umfassend vernetzen können. Zugang zum Netz ist allerdings von technischen und sozialökonomischen Voraussetzungen abhängig. Aktuell ist keine flächendeckende und für alle Menschen finanziell erschwingliche Teilhabe am digitalen Wissen möglich.

Für die GRÜNE JUGEND Bayern ist ein niederschwelliger Zugang zum Internet für alle eine grundlegende Aufgabe der Daseinsvorsorge im Freistaat Bayern. Umfassender Zugang zum Internet muss gewährleistet sein, damit jede\*r an der Gesellschaft teilhaben, sich informieren und diese aktiv mitgestalten kann.

Um Internetzugang für alle Menschen sicherstellen zu können, muss der Breitbandausbau in Bayern ambitionierter vorangetrieben werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher den Ausbau der Breitbandversorgung mit Glasfaserkabeln zu allen Haushalten bis 2025.

## Bayern funkt frei!

Wir unterstützen den Aufbau eines Freifunknetzes in Bayern. Auf der W-LAN-Technologie basierend kann so ein Funknetz auf- und ausgebaut werden, das unabhängig, offen und zeitlich unbegrenzt verfügbar ist. Freifunknetze können von allen Menschen kostenfrei genutzt werden.

Um das Wachsen des Netzes voranzubringen sollen unentgeltlich geeignete landeseigene Dachflächen zur Vernetzung von Freifunkknoten zur Verfügung gestellt werden und die Kosten für Betriebsstrom übernommen werden. Insbesondere im Öffentlichen Nah- und Fernverkehr setzen wir uns für die Einrichtung von Freifunk-Knoten ein. Da schnellstmöglich landesweit zahlreiche weitere Hotspots hinzukommen sollen, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Mittel für das "Bayern WLAN" für die finanzielle Unterstützung des Freifunknetzes zu verwenden.

## Kampf gegen Online-Hasskriminalität und für verantwortliche soziale Netzwerke

Immer mehr Menschen nutzen das Internet unter anderem um in sozialen Netzwerken aktiv zu sein. Soziale Netzwerke nehmen daher eine gesellschaftliche Austausch- und Informationsfunktion ein und tragen große Verantwortung.

Ein schwerwiegendes Problem in sozialen Netzwerken ist die steigende Anzahl an Menschen, die online Hatespeech verbreiten. Darunter fallen Ausdrucksformen, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Formen auf Menschenverachtung beruhendem Hass verbreiten, dazu anstiften, sie fördern oder rechtfertigen; einschließlich von Menschenverachtung, die sich in aggressivem Nationalismus und Ethnozentrismus, der Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, Migrant\*innen und Menschen mit Migrationshintergrund äußert. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich klar gegen die Verbreitung von Hatespeech. Wir setzen uns für mehr Liebe statt Hatespeech ein - durch gegenseitige Unterstützung und solidarische Beiträge im Netz können wir Hass und Hetze entgegentreten.

Aussagen und Beiträge in sozialen Netzwerken und Foren dürfen nur unter bestimmten Voraussetzungen gelöscht werden. Das hohe Gut der Meinungsfreiheit muss hierbei gewahrt werden, aber bei der Verletzung gültigen Rechts Beiträge gelöscht werden. Außerdem muss es Gerichten möglich sein, Soziale Netzwerke zur Löschung von rechtswidrigen Beiträgen und zum Schutz von Persönlichkeitsrechten zu verpflichten. Gerade letzteres war dem Landgericht Würzburg im Fall Anas Modamani, dessen Bild von rechten Hetzer\*innen missbraucht wurde, nach geltender Rechtslage nicht möglich. Zudem müssen die Betreiber\*innen der Profile und Seiten, auf denen Dritte Hasskommentare posten, haftbar gemacht werden, wenn sie sich mittel- oder unmittelbar an der Verbreitung dieser Hasskommentare beteiligen. Die Seiten- und Profilbetreiber\*innen besitzen, wie auch die sozialen Netzwerke selbst, die Verantwortung, sich nicht zum Vehikel für Volksverhetzung machen zu lassen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Betreiber\*innen sozialer Netzwerke auf, genug Mitarbeiter\*innen einzustellen, um gegen Hasskommentare tätig werden zu können. Die Verfolgung der Verfasser\*innen von Hasskommentaren sollte insgesamt dennoch in den Händen von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz liegen und nicht in wenig transparenter Weise komplett an die Betreiber\*innen sozialer Netzwerke ausgelagert werden. Die Bildung einer Art Privatjustiz innerhalb der sozialen Netzwerke lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert außerdem, dass Facebook bei Profilsperren allen Betroffenen die Gelegenheit einer Stellungnahme einräumt und diese innerhalb eines Tages bearbeitet.

Außerdem fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass endlich auch in Bayern Online-Anzeigen möglich werden. Die Polizei soll hierfür sofort in Kontakt mit den anderen Landespolizeien treten und schnellstmöglich ein Onlinetool zur Einreichung von Anzeigen einrichten. In sozialen Netzwerken muss zudem Opferschutz verbessert werden und Opferberatungsstellen eingerichtet werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf das gezielte Stalking gegen einzelne Personen notwendig. Wichtig ist dabei auch, dass Daten von Menschen, die rechtsextreme Straftaten anzeigen, keinesfalls in die Hände von Nazi-Anwält\*innen gelangen dürfen. Racheaktionen der rechten Szene sind sonst vorprogrammiert und Opfer rechter Straftaten werden gehemmt, diese auch zur Anzeige zu bringen.

Wir finden es wichtig, dass Privatpersonen Beiträge, die Hetze und Hass enthalten melden und anzeigen, um so Hasskriminalität entgegenzuwirken. Doch auch die Staatsanwaltschaft muss proaktiver Rechtsverstöße im Internet verfolgen. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Staatsanwaltschaft und Polizei auch bei Officialdelikten im Internet selbstständig tätig werden und Posts. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für IT-Straftaten und Straftaten in sozialen Netzwerken. Der massive Anstieg an Straftaten in diesem Bereich erfordert die Schaffung von Stellen. Vorgänge in sozialen Netzwerken bilden jedoch immer auch gesellschaftliche Realitäten ab. Daher kann die Verfolgung von hetzerischen Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken nicht bestehende gesellschaftliche Probleme lösen. Es bedarf politischer Debatten in der Gesellschaft und Maßnahmen außerhalb des Internets, die zu der Akzeptanz von Verschiedenheit und einer solidarischen Gesellschaft beitragen.

Langfristig sehen wir großen Veränderungsbedarf in sozialen Netzwerken. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass soziale Netzwerke demokratisch strukturiert werden und alle Menschen sich beteiligen können. Netzwerke und Plattformen sollen dem Austausch und der Informationsweitergabe dienen, nicht dem wirtschaftlichen Profit.

## Wir schützen deine Daten!

Die GRÜNE JUGEND Bayern verteidigt Bürger\*innenrechte. An vielen Stellen des alltäglichen Lebens werden enorme Mengen an Daten gesammelt. Die GRÜNE JUGEND Bayern steht für starken Datenschutz und das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung ein. BigData, also umfangreiche Datenmengen, werden zunehmend nicht nur von Betrieben direkt, sondern auch durch WLAN-fähige Geräte gesammelt. Die vermehrte Vernetzung und das stark steigende

Angebot an intelligenten Gegenständen (IoT) muss aufmerksam begleitet werden. Wir wollen, dass Daten sparsam erhoben und nur zweckgebunden verwendet und verarbeitet werden. Jede\*r muss grundsätzlich selbst entscheiden können, ob er\*sie personenbezogene Daten preisgeben möchte. Im Sinne des Prinzips der Informationssicherheit muss die Vertraulichkeit bei Übertragung und Zugriff sowie die Integrität der gespeicherten Daten gewährleistet sein.

Wir sprechen uns gegen das Zusammenführen personenbezogener Informationen zu Persönlichkeitsprofilen aus, da die Informationshoheit bei den einzelnen Personen bleiben muss. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt das so genannte Kredit scoring, das sind Verfahren zur Analyse der Kreditwürdigkeit von Verbraucher\*innen ab. Das derzeitige Vorgehen ist intransparent und verletzt die informationelle Selbstbestimmung.

Wir fordern, dass Unternehmen jährlich allen Menschen, von denen sie Daten besitzen, auf Wunsch elektronisch oder in Textform mitteilen, über welche Daten sie verfügen und abfragen, ob die jeweilige Person die Löschung ihrer Daten wünscht.

## Wir stehen auf der Seite der Whistleblower\*innen!

Viele Whistleblower\*innen leisten einen großen Verdienst für die Allgemeinheit, indem sie wichtige Informationen aus einem geheimen oder geschützten Zusammenhang heraus öffentlich machen, wie z.B. verschiedenste Missstände oder Straftaten, Verstöße gegen Menschenrecht, Datenmissbrauch, Korruption oder Insiderhandel. Häufig ist Whistleblowing sogar die einzige Möglichkeit, dass Missstände offengelegt werden.

Whistleblowing darf keine unverhältnismäßigen strafrechtlichen Sanktionen zur Folge haben. Je nach den Umständen des jeweiligen Falls muss auch eine vollständige Straffreiheit für die Informationsweitergabe möglich sein. Deutschland und auch alle anderen Staaten müssen in ihrer nationalen Gesetzgebung, insbesondere im Bereich des Strafrechts und des Arbeitsrechts hinsichtlich Kündigungen, den Schutz von Whistleblowern verankern. Bei der Anwendung des Rechts in Fällen von Whistleblowing muss zwingend menschenrechtlich gebotener Schutz eingehalten werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Straffreiheit für Whistleblower\*innen und für Leaks. Werden über die Informationsweitergabe hinaus Straftaten begangen, dürfen diese nicht straffrei bleiben.

## E-Government - Verwaltung ist transparent und offen



Wir setzen uns für mehr freies Wissen und die Entwicklung hin zu einer Informationsgesellschaft ein. Die immer vielfältiger werdenden technischen Möglichkeiten müssen genutzt werden, um mehr Transparenz zu schaffen und Informationen allen Menschen barrierearm zugänglich zu machen. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für die Schaffung von nlineinformationssystemen in jeder Gemeinde, jeder Stadt und jedem Landkreis und für mehr Onlineangebote in digitalen Bürger\*innenämtern ein.